

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 08.11.2007**

öffentlich

Ort: Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
Schopenhauerstraße 4
Raum 117
06114 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 18:15 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Thomas Godenrath	i.V. Herr Kretschmer
Frau Heike Wießner	
Frau Ute Haupt	
Herr Hendrik Lange	i.V. Herr Dr. Bartsch
Frau Hanna Haupt	
Frau Elke Schwabe	
Frau Dr. Regine Stark	
Frau Beate Gellert	
Frau Antje Klotsch	
Herr Uwe Kramer	
Herr Dr. Peter Piechotta	
Herr Winfried Weber	
Herr Helmut Becker	
Frau Dagmar Deckwerth	
Herr Herbert Jomrich	
Frau Renate Leonhard	
Frau Peggy Rarrasch	
Herr Lothar Rochau	

Entschuldigt fehlen:

Frau Gertrud Ewert	stimm.b.Mitgl.	entschuldigt
Frau Petra Meißner	stimm.b. Mitgl.	entschuldigt
Herr Leonhard Dölle	stimm.b.Mitgl.	entschuldigt
Herr Max Privorozki	beratend.Mitgl.	
Herr Torben Sarunski	„	entschuldigt
Frau Dr. Christine Slomka	„	
Frau Petra Schneutzer	„	entschuldigt
Frau Susanne Wildner	„	entschuldigt

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 11. Oktober 2007
- 4. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Projektvorstellung Radio Corax e.V.
- 6. Zwischenbericht zum Lokalen Aktionsplan Halle (Saale)
Berichterstattung: Herr Rochau, FB Kinder, Jugend und Familie und Frau Karen Leonhard, Freiwilligenagentur Halle e.V.
- 7. Vorlagen
- 7.1. Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung (MitSEPL-VO) in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2008/09
Vorlage: IV/2007/06684
- 8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9. Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern
- 10. Beantwortung von Anfragen
- 11. Anregungen
- 12. Mitteilungen

zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

Frau Hanna Haupt eröffnete die Kinder- und Jugendsprechstunde und begrüßte die sehr zahlreich vertretenen Jugendlichen.
Sie bat darum, dass sich die Redner mit ihrem Anliegen vorstellen.

Doreen, Sportsekundarschule Halle fragte an, was sie tun können, damit ihre Schule bestehen bleibt und nicht mit der Schule Am Fliederweg fusioniert.

Herr Dr. Marquardt antwortete, dass heute zur Sitzung die Schulentwicklungsplanung auf der Tagesordnung steht und dieser Punkt vertagt werden soll. Der Bildungsausschuss hat am 06.11.07 getagt und die Entscheidung zu dieser Fusionierung vertagt. Er sprach an, dass der Sport dagegen war, dass eine Gesamtschule kommt, es sollte eine Eliteschule Sport geben. Die Verwaltung hat versucht eine Ausnahmegenehmigung zu erhalten. Jetzt hat der Bereich Sport seine Meinung geändert, damit kann die Verwaltung auch wieder anders tätig werden. Die Verwaltung wird einen Antrag auf Ausnahmegenehmigung für dieses Schule beim Land stellen.

Anfrage durch einen Jugendlichen, in welcher Form sie hier selbst etwas unternehmen können, damit das Land die Ausnahmegenehmigung für ihre Schule erteilt.

Dr. Marquardt empfahl, dass sich die Jugendlichen an den Kultusminister und an die Landtagsfraktionen wenden und ihr Anliegen dort vortragen können.

Anfrage durch einen Jugendlichen, warum die Sportsekundarschule nicht mit dem Sportgymnasium fusionieren kann.

Herr Zschocke (FB Schule, Sport und Bäder) antwortete, dass eine derartige Fusionierung nicht im Schulgesetz des LSA vorgesehen ist. Rechtlich geht also so eine Fusionierung nicht. Die Kommune kann zwar einen Vorschlag unterbreiten, kann aber dies nicht genehmigen, da hier das Land tätig werden muss.

Ein Jugendlicher fragte an, wie die Nachhilfe- und Förderstunden geleistet werden sollen, da viele Jugendliche auf Grund von Wettkämpfen öfters dem Unterricht fernbleiben müssen.

Dr. Marquardt antwortete, dass dies nicht die Verwaltung festlegen kann sondern zur inneren Organisation des Schulbetriebes gehört. Dies muss also die jeweilige Schule klären, wie sie dies leisten kann.

Frau Hanna Haupt fragte an, ob Jugendliche zu weiteren Themen heute hier sind.

Norman aus dem Paulusviertel fragte zur Schließung des Hühnermanhattan an.

Herr Dr. Marquardt antwortete, dass dies bisher die Verwaltung nur Gerüchtweise erreicht hat. Hier scheint es zwischen Hühnermanhattan und der HWG Klärungsbedarfe zu geben.

Herr Machemer, Leiter des Hühnermanhattans war zugegen und äußerte sich dahingehend, dass er jetzt einen Anwalt eingeschaltet hat. Die HWG will ihre Kündigung der Räume aufrecht erhalten, diese ist zum 30.11.07 ausgesprochen worden. Er wurde aufgefordert, bis dahin die Räume besenrein zu übergeben.

Herr Rochau sprach an, dass Hühnermanhattan eine unbefristete Anerkennung nach § 75 SGB VIII erhalten hat. Er wurde heute Vormittag vom Revier Mitte darüber informiert, dass heute im Jugendamt eine Demonstration von Jugendlichen zur Schließung des Hühnermanhattan angesagt ist. Er hat darauf hin eine Mitarbeiterin beauftragt, hierzu zu recherchieren. Den Mietvertrag zwischen HWG und Hühnermanhattan kennt er nicht. Hier müsste geschaut werden, was darin beschrieben ist. Nach seinen Informationen hat der Mieter die Räume nicht zur Nutzung für Jugendarbeit erhalten. Außerdem soll wohl Vandalismus und offenes Feuer bei einer Veranstaltung eine Rolle gespielt haben.

Herr Machemer sprach an, dass die HWG seit 2002 informiert ist, dass er dort auch Jugendarbeit anbietet und hat keine Einwände bisher dagegen gehabt. Was das offene Feuer betrifft, da haben draußen vor dem Objekt Mülltonnen gebrannt.

Nachfragen von Jugendlichen kamen, inwieweit jetzt durch die Stadt hier unterstützt werden kann, damit es zu keiner Kündigung der Räume kommt.

Dr. Marquardt antwortete, dass die Stadt Halle kein Rechtskörper ist, um hier auftreten zu können. Die Stadt bietet an, hier vermittelnd mit der HWG das Gespräch zu suchen. Wenn es zu einem Rechtsstreit kommt, kann nur der Träger als Rechtskörper mit der HWG selbst verhandeln. Die Stadt muss die HWG hören, welche Gründe diese für die Kündigung vorbringen und kann versuchen, zwischen dem Träger und der HWG zu vermitteln. Es kann aber nichts versprochen werden. Die Stadt wird sich um einen Gesprächstermin bemühen.

Frau Hanna Haupt machte deutlich, dass jetzt an dieser Stelle nichts weiter hinzugefügt werden kann. Es wird nachher in der Sitzung nochmals darüber gesprochen werden, wie hier verfahren werden kann. Sie beendete die Jugendsprechstunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Hanna Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Hanna Haupt stellte die Tagesordnung fest.
Diese wurde bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 11. Oktober 2007

Frau Hanna Haupt fragte nach Änderungswünschen zur vorliegenden Niederschrift.
Diese wurde ohne Änderungen genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Frau Hanna Haupt stellte fest, dass es in der letzten nichtöffentlichen Sitzung keine Beschlüsse gab.

zu 5 Projektvorstellung Radio Corax e.V.

Frau Hanna Haupt begrüßte die beiden Vertreter von Radio Corax e.V. und erteilte diesen das Wort.

Herr Kupfer und Herr Westhusen dankten dafür, dass der Ausschuss ihnen Redezeit gewährt. Sie möchten an dieser Stelle die Mitglieder um Unterstützung ihres Projektes bitten, da die Finanzierungsmöglichkeiten immer geringer werden.

Herr Westhusen sprach an, dass Radio Corax ein freies Radio ist und seit 2001 sendet. Sie haben auch die Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe erhalten. Sie bieten ein wechselhaftes Programm und dabei auch Kinder- und Jugendsendungen an. Die 4 tätigen Mitarbeiter arbeiten halbtags und werden über die Landesmedienanstalt LSA finanziert. Das Radio muss einen Teil seiner Finanzierungen selbst erwirtschaften. Der Verein hat 160 Mitglieder. Problem ist es, dass die Zuschüsse immer mehr versiegen. Die Stadt fördert über das Kulturamt. Auf Grund der Haushaltslage der Stadt wird dies jährlich auch immer geringer. Sie haben einen Antrag beim Kulturamt eingereicht, dass das Radio jährlich mit 15.000 € gefördert wird.

Herr Kupfer sprach an, dass er für die Drittmittel und das Projektmanagement der Veranstaltungen zuständig ist. Der Grundhaushalt wird aus Rundfunkhaushaltsgebühren geführt. Der Sender hatte anfangs Finanzierungsmöglichkeiten über Preisgelder, einmalige Sparkassenausschüttung o.ä. gehabt, was jetzt immer mehr versiegt. Sie möchten eine Ressortübergreifende Projektförderung erhalten und bitten hierbei die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses um Unterstützung.

Herr Dr. Marquardt sprach an, dass Radio Corax eine hohe Wertschätzung genießt, auch beim Kulturbüro der Stadt. Auf Grund der Haushaltssituation der Stadt können keine zusätzlichen Verträge abgeschlossen werden. Die Stadt arbeitet an einer Förderrichtlinie, welche für alle Bereiche wie Kultur, Sport, Jugend und Bildung gelten soll. Hierbei sollen Prioritäten in der Stadt als Gesamtes betrachtet werden.

Anfrage durch Hanna Haupt, ob mit dieser Förderrichtlinie zu Beginn 2008 bereits gerechnet werden kann.

Dr. Marquardt antwortete, dass die Verwaltung daran arbeitet aber dies noch Zeit benötigt. Eine Zeitschiene kann noch nicht benannt werden.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger) inwieweit das Radio über Werbung versucht, Einnahmen zu bekommen.

Herr Kupfer antwortete, dass sie geringfügig Werbeeinnahmen haben. Werbung würde dem Charakter des Radiosenders widersprechen. Onlinewerbung und Sponsoring sind per Gesetz ausgeschlossen.

Frau Hanna Haupt dankte den Vertretern des Vereins und brachte die Wertschätzung für deren Arbeit auch entsprechend rüber. Sie wies darauf hin, dass zu Finanzierungsmöglichkeiten auf Grund der Haushaltssituation keine Aussagen erwartet werden können.

zu 6 Zwischenbericht zum Lokalen Aktionsplan Halle (Saale) Berichterstattung: Herr Rochau, FB Kinder, Jugend und Familie und Frau Karen Leonhard, Freiwilligenagentur Halle e.V.

Herr Rochau erläuterte, dass der Lokale Aktionsplan (LAP) im Rahmen des Bundesprogrammes „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ in Halle seit 10 Monaten läuft und heute ein Zwischenbericht dazu gegeben werden soll. Er dankt den Akteuren und ehrenamtlichen Mitarbeitern für deren Engagement hierbei. Es arbeiten verschiedene Netzwerke, Träger, Institutionen hierbei mit. Er gab das Wort an Frau Karen Leonhardt von der Freiwilligen Agentur Halle-Saalkreis e.V., welche heute eine Powerpointpräsentation dazu vorlegt.

Frau Leonhardt hatte vorab des Berichtes an die Mitglieder eine Kurzübersicht zu LAP verteilt, so dass die wesentlichen Dinge hier bereits darstellend erfasst sind. Sie erläuterte, dass der geplante Förderzeitraum für dieses Programm von 2007 – 2009 laufen soll, pro Jahr sind 100.000 € Fördersumme veranschlagt. Sie erläuterte das Leitbild und die Leitziele des LAP Halle und welche Zielgruppen erreicht werden sollen. Die Umsetzung des LAP Halle erfolgt über die Lokale Koordinierungsstelle der Freiwilligenagentur, des Begleitausschusses mit 15 Mitgliedern, des Ämternetzwerkes und durch Einzelprojekte und –maßnahmen. Sie verwies auf eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit, welche betrieben wird, aber auch einen entsprechenden Zeitaufwand benötigt. Fazit nach 10 Monaten ist:

- breite Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure
 - zusammenwirken zwischen externer Koordinierungsstelle – Stadt Halle/Ämternetzwerk und Begleitausschuss
 - Vernetzung/Kooperation
 - innovative Ansätze und Methoden
 - ein hohes Maß an administrativen Tätigkeiten
 - Anlaufschwierigkeiten im Vorverfahren
 - Öffentlichkeitswirksamkeit
 - Aktivierung von Bürger/innen insbesondere von Jugendlichen

Sie gab kurz noch Ausblicke auf das Jahr 2008 ab und verwies auf die Kontaktmöglichkeit: LAP Halle „Hallianz für Vielfalt“; c/o Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V., Leipziger Straße 82 in 06108 Halle (Saale), Telefon 0345 200 28 10; email: karen.leonhardt@freiwilligen-agentur.de und die Homepage unter www.hallianz-fuer-vielfalt.de.

Anfrage eines stimmb. Mitgliedes (StR) kann hier nicht unterstützend mit Radio Corax zusammen gearbeitet werden.

Frau Leonhardt antwortete, dass Radio Corax bei dem Projekt LAP mit einbezogen ist und sie zusammen arbeiten. Finanziell kann nicht unterstützt werden, da der Mitteleinsatz des LAP klar formuliert ist. Die Förderung von Radio Corax fällt hier nicht mit drunter. Sie kann nur schauen, was wo läuft und wie dieses stabilisiert werden kann.

Herr Dr. Marquardt fragte nach, was sich hinter dem Slogan „Lieber braun essen als braun denken“ verbirgt.

Frau Leonhardt antwortete, dass zum Nikolaustag im Neustadtcenter eine Aktion läuft, zu welcher braune Muffins verteilt und Informationen zu der Thematik gegeben werden.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger) zu den erwähnten neuen Überlegungen zu neuen Projekten im Jahr 2008. Werden bisher gut gelaufene Projekte auch weitergeführt.

Frau Leonhardt antwortete, dass ein Projekt 12 Monate laufen kann. Fortführende Maßnahmen sind aber möglich. Ein Ansatz für 2008 ist es, den Fokus auf den 10-Punkte-Aktionsplan gegen Rassismus zu legen, also auch in Halle dies zu machen.

Da es keine weiteren Anfragen gab, dankte **Frau Hanna Haupt** Frau Leonhardt für deren Ausführungen zum LAP.

zu 7 Vorlagen

zu 7.1 Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung (MitSEPL-VO) in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2008/09 Vorlage: IV/2007/06684

Frau Hanna Haupt begrüßte Herrn Zschocke vom FB Schule, Sport und Bäder und gab an diesen das Wort.

Herr Zschocke teilte mit, dass der Bildungsausschuss am 06.11.07 getagt und über die Vorlage abgestimmt hat. Er teilte die Ergebnisse aus dem Bildungsausschuss mit. Zum Punkt 1.1. – Fusion der Sekundarschule Am Fliederweg mit der Sportsekundarschule – hat die Verwaltung den Antrag gestellt, diese Abstimmung zu vertagen. Auf Grund der aktuellen Entwicklung und eines vorgesehenen Gespräches zwischen Stadt, Kultusministerium und Landessportbund wird diese Entscheidung vertagt. Dies war vorhin in der Jugendsprechstunde bereits thematisiert worden.

Er verlas die Ergebnisse aus dem Bildungsausschuss zu allen Beschlussvorschlägen und bat den Jugendhilfeausschuss, heute ebenfalls der Vorlage zuzustimmen.

Anfragen eines Mitgliedes (STR) wie Folgt:

1. zum BV 1.2. Umzug der Sekundarschule Zeitzer Straße in die Kurt-Wüsteneck-Straße wären die Zahlen dazu interessant, wie viel Kinder Vor- und Nachteile davon haben.
2. Wie ist die Familienverträglichkeitsprüfung dazu ausgefallen.
3. Welche Bedeutung hat die Meinung des Elternkuratoriums hierzu
4. Die Bedeutung des Standortes Silberhöhe ist gefordert. Welche Bedeutung hat dies für den Sozialraum.

Herr Zschocke antwortete zu den Fragen bzgl. des BV 1.2. und informierte, dass der Bildungsausschuss hierzu mit 6 Zustimmungen, 2 Ablehnungen und 4 Enthaltungen zugestimmt hat.

Er antwortete auf die 1. Frage, dass sich auf Grund der Fusion für 218 Schüler der Schulweg verlängert; davon für 43 Schüler um 500 m; für 52 Schüler um 1000 m; für 72 Schüler um 1500 m und für 51 Schüler über 1.500 m. Der längste Schulweg beträgt 4200 m. Bei der Ermittlung des Schulweges wurden die Schüler der 5. und 10. Klassen begründet nicht mit berücksichtigt.

Antwort zu 2.: Eine Familienverträglichkeitsprüfung wurde durchgeführt. Das Ergebnis ist auch im Beschlussvorschlag mit enthalten. Dabei wurde auch der Schulweg mit betrachtet und Für und Wider abgewogen. Andererseits verbessern sich für die Schüler die Lern- und Umfeldbedingungen.

Antwort zu 3.: Es wurden Elternrat, Schülerrat und Personalrat der Lehrer (Landesbedienstete)

sowie der Stadtelternerat und Stadtschülerrat um Meinungsäußerung gebeten. Der Stadtelternerat hat seine Meinung geäußert, der Stadtschülerrat hat keine Stellungnahme abgegeben.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger) warum die Fusionierung Schiller/Fliederweg nicht in Erwägung gezogen wird. Für den Sozialraum III sollte schnellstmöglich eine Lösung herbeigeführt werden. Wie geht es weiter, wenn das Ministerium ein Einsehen zum Bestand der Sportsekundarschule am bisherigen Standort hat.

Dr. Marquardt antwortete, dass bei den Verhandlungen diplomatisches Geschick erforderlich ist. Die Oberbürgermeisterin wird die Verhandlungen entsprechend führen. Die Entscheidung liegt dennoch beim Ministerium.

Herr Zschocke antwortete zum Vorschlag der Fusionierung Schiller mit Fliederweg, dass hierzu eine Verständigung erfolgen müsste. Dazu kann erst ein Vorschlag erfolgen, wenn die Entscheidung zur Sportsekundarschule gefallen ist. Evtl. kann es 2008 dazu eine kurzfristige Reaktion geben. Muss auch gesehen werden, ob im neuen Schuljahr mehr 5. Klassen dort benötigt werden oder nicht.

Er wies ebenfalls darauf hin, dass im Bildungsausschuss nachgefragt wurde, inwieweit HH-kosten neutral Veränderungen bei der Richtlinie zur Beförderung von Schülern bewirkt werden können, wenn sich jetzt Schulwege verlängern. Dies wird eine Rolle bei den Gesprächen mit HAVAG spielen.

Frau Hanna Haupt sprach an, dass es jetzt zur Abstimmung kommen kann, da keine weiteren Anfragen anliegen.

Dr. Marquardt beantragt die Vertagung des BV 1.1. analog dem Ergebnis im Bildungsausschuss. Hier sollte erst das Gespräch abgewartet werden, bevor dieser Punkt neu behandelt wird.

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung der einzelnen Beschlussvorschläge auf.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt im Rahmen der Aktualisierung und Präzisierung des Bezugsbeschlusses Nr. 1 in Verbindung mit den Bezugsbeschlüssen Nr. 2 bis 7 die nachfolgenden Veränderungen und Ergänzungen der geplanten Maßnahmen für das Schuljahr 2008/09:

- 1.1 Fusion der **Sekundarschule Am Fliederweg**
mit der **Sportsekundarschule**

DIESER BESCHLUSS WURDE VERTAGT!!

- 1.2 Standortwechsel der **Sekundarschule Zeitzer Straße**
Vom Standort: Zeitzer Straße 9 (z. Zt. Sek. Zeitzer Straße)
Zum Standort: Kurt-Wüsteneck-Straße 21 (ehem. Frieden-Gymnasium)
Zum Schuljahr: 2008/09
- 1.3 Umzug der **Außenstelle der Sekundarschule Zeitzer Straße**
in den Hauptstandort der Sekundarschule (Kurt-Wüsteneck-Straße 21 oder Zeitzer Straße 9) in Abhängigkeit von der Beschlussfassung zu Pkt. 1.2)
- 1.4 Nutzungsänderung der **Grundschule Radewell**
Umzug der Grundschule Radewell **innerhalb des Schulobjektes**,
Regensburger Straße 35
Aus dem: Grundschulgebäude
In das: ehemalige Sekundarschulgebäude
(in Abhängigkeit von der Beschlussfassung zu Pkt. 1.3)
- 1.5 Standortfestlegung **Sekundarschule Halle-Nord**
Als dauerhafter Standort für die Sekundarschule Halle-Nord wird der Standort **Ernst-Schneller-Straße 1** (Sek. Halle-Nord) festgelegt.
- 1.6 Schulbezirksveränderung der Grundschule am Zollrain
- 1.7 Namensänderung der Schule des zweiten Bildungsweges
2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) nimmt die Informationen zu den Berufsbildenden Schulen der Stadt Halle (Saale) zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, im Planungszeitraum der nächsten Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung (2009/10 – 2014/15) das Schulnetz und die Schulprofile der Berufsbildenden Schulen den aktuellen Bedingungen anzupassen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 31.07.2008 die vorgesehenen Maßnahmen des Beschlusses (Pkt. 1.1 bis 1.7) zu begleiten und in Zusammenarbeit mit dem Landesverwaltungsamt, Abteilung Schulen, die Voraussetzungen für einen ordnungsgemäßen Unterrichtsbeginn zum 01.08.2008 zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Zu 1.1

Antrag der Verwaltung auf Grund der aktuellen Entwicklung und eines vorgesehenen Spitzengesprächs zwischen Stadt, Kultusministerium und Landessportbund beantragt die Verwaltung die Vertagung der Abstimmung dieses Beschlusspunktes

Der Jugendhilfeausschuss stimmte einstimmig zu.

Zu 1.2.

Beschluss zum Verwaltungsvorschlag

Zustimmung	6
Ablehnung	2
Enthaltung	4

Der Jugendhilfeausschuss stimmte mehrheitlich zu.

Zu 1.3.

Zustimmung	6
Ablehnung	0
Enthaltung	6

Der Jugendhilfeausschuss stimmte mehrheitlich zu.

Zu 1.4.

Zustimmung	7
Ablehnung	0
Enthaltung	5

Der Jugendhilfeausschuss stimmte mehrheitlich zu.

Zu 1.5.

Zustimmung	9
Ablehnung	0
Enthaltung	3

Der Jugendhilfeausschuss stimmte mehrheitlich zu.

Zu 1.6.

Zustimmung	9
Ablehnung	0
Enthaltung	3

Der Jugendhilfeausschuss stimmte mehrheitlich zu.

Zu 1.7.

Zustimmung	12
Ablehnung	0
Enthaltung	0

Der Jugendhilfeausschuss stimmte einstimmig zu.

Zu 2.

Zustimmung	9
Ablehnung	0
Enthaltung	3

Der Jugendhilfeausschuss stimmte mehrheitlich zu.

Zu 3.

Zustimmung	12
Ablehnung	0
Enthaltung	0

Der Jugendhilfeausschuss stimmte einstimmig zu.

Abstimmung zur Gesamtvorlage „Fortschreibung Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2008/2009 unter Berücksichtigung der beschlossenen Veränderung (Vertagung BV 1.1.)

Zustimmung	6
Ablehnung	0
Enthaltung	6

Der Jugendhilfeausschuss stimmte mehrheitlich zu.

zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge vor.

zu 9 Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern

Anfragen von Frau Ute Haupt,

1 .zum Protokoll aus dem Bürgerforum in Neustadt am 15.10.07 zur Schließung „GIMMI“.
Welche Überprüfungen gab es, die zu einer Schließung der Einrichtung führen sollen.

2. Wie können wir Hühnermanhattan unterstützen, Gespräch mit HWG

Frau Brederlow antwortete zu 1.:

Es wurden Statistiken geführt. Die Besucherzahlen im „GIMMI“ sind stabil, nur die Besucher haben sich geändert. Jetzt halten sich dort weniger Kurden dafür mehr Familien auf, auch Kinder. In der vergangenen Woche gab es ein Gespräch mit den Jugendlichen aus dem Stadtteil Neustadt. Für 2008 stehen inhaltliche Veränderungen für die Einrichtung „Pustblume“ an. Es werden aktuelle Workshops mit den Jugendlichen durchgeführt und gesehen, welche Angebote von der „Pustblume“ für diese mit genommen werden können. In der nächsten Sitzung wird zum Stand der Gespräche zum „GIMMI“ nochmals informiert werden.

Herr Dr. Marquardt ergänzte, dass Neustadt insgesamt betrachtet werden muss.

Herr Rochau antwortete zu 2.:

Sein derzeitiger Informationsstand ist so, die HWG die Räume auf Grund von offenem Feuer im Hof, Vandalismus und Lautstärkeüberschreitung gekündigt hat. Eine Rückfrage bei der Polizei hat ergeben, dass Hühnermanhattan nicht auffälliger als andere Clubs ist, hin und wieder sind samstags Beschwerden bei ihnen eingegangen. Die Rückfrage beim Ordnungsamt hat ergeben, dass sich die Beschwerden der Anwohner verringert haben, der Mietvertrag mit Herrn Machemer besteht zur Nutzung als Ausstellungsräume und Atelier und nicht zur Nutzung für die Jugendarbeit und der Keller ohne Zustimmung des Vermieters

genutzt wird. Der Bauaufsicht sind keine aktuellen Probleme bekannt. Jetzt muss ein Gespräch mit HWG geführt werden, um zu erfahren, was an Informationen stimmt und welche Gründe zur Kündigung führten. Verwaltung kann nur vermittelnd auftreten, wie bereits zur Jugendsprechstunde gesagt wurde.

Weitere Anfragen:

Frau Gellert fragte an, wie der Stand zur Rückführung der Kinder aus den Heimen in die Familie ist, was hat die Prüfung der Verwaltung ergeben.

Herr Rochau antwortete, dass die DA 93 überarbeitet wird. Ziel der neuen Dienstanweisung ist die Weiterentwicklung einer fachlich fundierten, effizienten und den Belangen der Kinder, Jugendlichen und ihrer Familien tragenden Hilfeplanung, die dem Kindeswohl frühzeitig und umfänglich Rechnung trägt. Das damit gleichzeitig eine Verbesserung der Erziehungskompetenz und eine Stärkung des gesamten Familiensystems gefordert ist, gehört zu einer konsequenten Umsetzung der Verpflichtung nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) VIII (Kinder- und Jugendhilfe). Die Prüfung hat ergeben, dass bei ca. 20 Hilfen eine Rückführung in die Familien erfolgen kann, bei den übrigen 20-25 Hilfen war dies laut Hilfeplan ohnehin vorgesehen.

Er geht davon aus, dass die überarbeitete Dienstanweisung in den nächsten 2 Wochen vorliegen wird.

Anfrage von Frau Dr. Stark, zu einem ihrer Fraktion zugegangenen Schreiben von Herrn Prof. Herwig-Lempp, welches 14 Seiten umfasst. In diesem Schreiben erfolgt ein massiver Vorwurf an den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie. Es wurden Briefe von Mitarbeitern angehängt, aus welchen hervorgeht, dass die jetzige Situation krank und depressiv macht. Sie ging davon aus, dass zwischenzeitlich Ruhe eingetreten ist. Eine Reaktion muss erfolgen, damit in der Öffentlichkeit dazu ein Schlussstrich gezogen werden kann. Wie soll damit verfahren werden.

Herr Rochau antwortete, dass es Anfang September drei Mitarbeiterbriefe gab, die an die Oberbürgermeisterin, an den Gesamtpersonalrat und an den Fachbereichsleiter gerichtet waren. Diese drei Briefe wurden von MitarbeiterInnen des Fachbereiches geschrieben. Er hat auf diese Briefe wertschätzend schriftlich geantwortet und angeboten, in die Teams zum Gespräch zu kommen. Dies ist auch bereits in mehreren Teams erfolgt. Das Rahmenfachkonzept ist gemeinsam mit Mitarbeitern und Trägerlandschaft auszufüllen. Klar war, dass es Verunsicherung in der Mitarbeiterenebene geben wird. Heute war er bspw. im Team nördliche Neustadt. Das von Frau Dr. Stark erwähnte Schreiben hat er gestern Abend von einer Fraktion zugesendet bekommen. Laut dem Verfasser wurden die Namen der Autoren der Briefe geändert, dies hält er für bedenklich. Herr Prof. Herwig-Lempp ist als Zuschauer im Raum anwesend.

Einige Fraktionsvertreter äußerten, dass dieses Schreiben ihnen noch nicht vorliegt.

Diese Angelegenheit sollte zur nächsten Sitzung unter Mitteilungen mit besprochen werden.

Herr Weber sprach an, dass diese Angelegenheit auf die Tagesordnung zur nächsten Sitzung genommen werden soll, also extra behandelt wird.

zu 10 Beantwortung von Anfragen

Herr Rochau beantwortete die Anfrage von Frau Wiesner aus der letzten Sitzung, wer sich im Objekt Großer Berlin 14 hinter dem Briefkastenschild „Bildung elementar“ verbirgt. Dort hat ein Institut seinen Sitz, was aus dem bisherigem Sitz in den Franckeschen Stiftungen umgezogen ist. Dieses Institut beschäftigt sich u.a. mit der Praxiserforschung und –entwicklung von Kita´s.

zu 11 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

zu 12 Mitteilungen

Herr Rochau teilte mit, dass am 20. November 2007 über das Lokale Bündnis für Familien die Kontaktbörse für Familien „Forum Familienfreundlichkeit“ stattfindet. Dieses findet von 13.30 – 16.30 Uhr in den Franckeschen Stiftungen im Haus 1 statt. Er lädt alle interessierten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses dazu ein. Entsprechende Informationsblätter wurden verteilt.

Gez. Hanna Haupt

Ausschussvorsitzende

Kaupke

Protokollantin